

Mutig, kreativ, weltoffen,
verantwortungsbewusst
solidarisch miteinander für Hameln

Gruppenvereinbarung

Zwischen

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hameln,

der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hameln

sowie der Fraktion der SPD im Rat der Stadt Hameln



DIE LINKE.



Zwischen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hameln,
der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hameln sowie
der Fraktion der SPD im Rat der Stadt Hameln
wird die nachfolgende Gruppenvereinbarung für die Wahlperiode 2016 – 2021 vorbehaltlich
der Zustimmung der jeweiligen Gremien der Parteien geschlossen:

Ziel der gemeinsamen Arbeit ist es, für die gemeinsam festgelegten Vorhaben Mehrheiten
im Rat der Stadt Hameln zu gewinnen.

Zusammenarbeit in der Gruppe (SPD - Die Linke - Die Grünen)

Bildung eines **Gruppenausschusses** bestehend aus je zwei Vertretern der einzelnen
Fraktionen, in dem alle anstehenden Fragen grundsätzlich besprochen werden. Der
Gruppenausschuss tagt grundsätzlich einmal wöchentlich; er dient dem Zweck, die
inhaltlichen Positionen der Gruppe festzulegen. Dem **Oberbürgermeister** wird angeboten im
vierzehntägigen Rhythmus mit dem Ausschuss zur Abstimmung des Vorgehens von Politik
und Verwaltung zusammen zu kommen.

Abstimmungen werden auf Augenhöhe durchgeführt, d. h. Abstimmungen über
Sachverhalte erfolgen immer in der gleichen Anzahl (Kopfzahl) der anwesenden
unterschiedlichen Fraktionsmitglieder (SPD / Linke / Grüne). Es wird von jeder Fraktion ein
Sprecher benannt. Die SPD stellt den Gruppensprecher, die anderen Fraktionen jeweils
einen Stellvertreter. Für die Ausschüsse werden bei Bedarf **Arbeitskreise** gebildet. Die
Sprecher dieser AKs wechseln jährlich zwischen den Fraktionen.

Die **Arbeit der Gruppe** erfolgt grundsätzlich konsensual. Solange bei inhaltlichen Punkten
kein Einvernehmen hergestellt ist, werden diese Punkte nicht in die Gremien des Rates
hineingetragen. Verlangt eine Fraktion im Gruppenausschuss die Freigabe eines Themas,
kann dieses in den Gremien aufgerufen werden, ohne dass hier anschließend ein
gemeinsames Abstimmungsverhalten gefordert werden kann. Hierdurch wird der Status der
Gruppe und die Zusammenarbeit nicht verändert. Die weitere Einbringung von Themen bzw.
Anträgen in die Ratsarbeit erfolgt in Anlehnung an die Wahlprogramme der beteiligten
Parteien bzw. deren Schnittmengen.

Arbeit der Fraktionen und Ratsmitglieder

Es werden drei **Bürgermeister** installiert. Zwei Bürgermeister stellt die SPD, einen
Bürgermeisterposten wird der CDU angeboten. Jede Fraktion benennt ihre Mitglieder und
Funktionen in den **Ausschüssen** in eigener Verantwortung. Die Sicherstellung angemessener
Fraktionsbüros an zentraler Stelle wird eingefordert.

Anpassung der Erstattung für **Fraktionsaufwendungen** entsprechend den Regelungen bis
Oktober 2016. Anpassung der Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder im Hinblick auf
die **Digitalisierung** der Ratsarbeit

Sanierung Rathaus

Es wird eine **Kernsanierung** des Rathauses unter Voranstellung der Umnutzung des Hochzeitshauses für Rat und Verwaltung vorgesehen. Die benötigten **Raumkapazitäten** sind unter den Aspekten möglicher zukünftiger Aufgabenreduzierungen, der weiteren Digitalisierung von Arbeitsvorgängen und einer modernen Büroorganisation vorab zu ermitteln. Hierzu gehören insbesondere auch die Auswertungen der Untersuchung zum **Fachbereich 3** und deren gewollte politischen Umsetzungen.

Erhalt und Ausbau des vielfältigen und qualitativ hochwertigen Bildungsangebots mit Hameln als Bildungsschwerpunkt der Region

Ausbau des **Schulzentrums Nord** im beschlossenen Umfang bei Beibehaltung des festgelegten Ausschreibungsverfahrens sowie die Festigung der **IGS** im vom Rat beschlossenen inhaltlichen und organisatorischen Umfang. Die Fortführung des 10 Jahres-Programms zur Renovierung der allgemeinen Unterrichtsräume.

Entwicklung einer gemeinsamen am Elternwillen orientierten **Bildungsplanung** von Stadt und Landkreis unter direkter Einbeziehung von Politik. Die Entwicklung einer **Schulentwicklungsplanung** für die Stadt mit Standort- und Schultypenfestlegungen. Schaffung eines schlüssigen **Gesamtkonzeptes** zur Umsetzung der Inklusion. Sicherstellung des **Schulschwimmunterrichtsangebots**. **Mensaessen** verbessern und für finanzschwache Familien unbürokratisch ermöglichen.

Erhalt bzw. Ausbau eines vielfältigen und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots

Sicherstellung eines **bedarfsdeckenden** qualitativ hochwertigen **stadtteilorientierten** Angebots für Krippen- und Kita-Plätzen. Perspektivisch **kostenfreie** Kita-Plätze (wie im Kindertagesstättenbedarfsplan bereits festgelegt) Die übergangsweise Einführung einer Kita-**Sozialstaffel** ist nach Vorliegen der Ergebnisse des Modellversuchs im Landkreis abschließend zu bewerten. Die Gestaltung von **Betreuungs- und Öffnungszeiten** von Krippen und Kitas, dass diese den Lebens- und Arbeitssituationen von Eltern und Erziehern gerecht werden; bei Bedarf auch die Schaffung einer 24-Stunden Einrichtung.

Die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Ganztagsbetreuung zu einer qualitativ hochwertigen **Ganztagschule**. Die Unterstützung des Netzwerks gegen **Kinderarmut**.

Arbeit und Wirtschaft

Schaffung einer deutlich zielgerichteten **Wirtschaftsförderung** mit enger Kooperation von Stadt und Landkreis. **Zusätzliche** Schwerpunktsetzung in der Wirtschaftsförderung für sogenannte **weiche Standortfaktoren**. Förderung **regenerativer** Energiequellen und Einsatz **ökologischer** Elemente in der Wirtschaftsförderung.

Der Verzicht auf den Bau des „**Hauses der Wirtschaft**“ am Bürgergarten. Die Einrichtung eines Aufsichtsrates bei der Gesellschaft für den **Sozialen Wohnungsbau**.

Konversionsflächen, die nicht dem Naturschutz zuzuordnen sind, sollen für die innerstädtische Entwicklung (Wohnbebauung / Bildung / Gewerbeflächen) entwickelt und genutzt werden

Nutzung und Unterstützung von **Langzeitarbeitslosen-Projekten** der öffentlich geförderten Beschäftigung durch die Verwaltung und die Gesellschaften der Stadt. Dazu gehört auch die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsinitiativen.

Intelligente Vernetzung verschiedener **Verkehrsträger**, gegenseitige Tarifanerkennung bei Bus, Bahn, Taxi sowie Aufbau eines Elektro-Carsharing-Systems und kostenlose Fahrradmitnahme im Bus. Hierbei die **Angebote** an Strecken und Zeiten verbessern und ausbauen.

Freiwillige Leistungen, Sport und Kultur

Anpassung der freiwilligen Leistungen bei freien Trägern an **Einkommensentwicklung**. Überprüfung und Befristung von freiwilligen Leistungen im Rahmen der Haushaltsberatungen. **Aufhebung** des Beschlusses „Verbot neuer freiwilliger Leistungen“.

Mehr **Handlungsfreiheit** für städtische Kultureinrichtungen, finanzielle Förderung einer vielfältigen Kulturlandschaft sichern und **Kultur für alle** ermöglichen und bezahlbar machen.

Die Verbesserung der **Sportförderung** mit dem Ziel einer koordinierten und vor allem effektiveren Unterstützung der Vereine mit- der Entwicklung eines Sportentwicklungskonzepts, der Aufrechterhaltung der **kostenfreien Nutzung** der Sportstätten für Vereine, die Vorhaltung von ausreichenden und bezahlbaren **Schwimmmöglichkeiten**, die Unterstützung für einen **Sportpark** für Skater, BMX, Streetball, Minidrome, Kletterwand. Die Einrichtung eines **Fördertopfes** für Projekte im Sport beim zuständigen Ausschuss sowie die Unterstützung einer lebendigen Erinnerungskultur.

Stadtentwicklung

Förderung des **sozialen Wohnungsbaus** entsprechend dem ausgewiesenen Bedarf und der Entwicklung von **Quartierskonzepten** für den gesamten Stadtbereich. Freies **WLAN** im öffentlichen Bereich und den städtischen Einrichtungen (Freifunk).

Die Entwicklung zusätzlicher **Wohnbauflächen** zur Eigenentwicklung in den Ortsteilen soll ermöglicht werden, wobei der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu bevorzugen ist. **Ausgleichsflächen** sind vorzusehen.

Neue **Haltepunkte** für die S-Bahn/NWB. **Spielstraßen** sind verstärkt einzurichten. Bestellung eines ehrenamtlichen **Fahrradbeauftragten**. Fortschreibung des Masterplans **Fahrradfreundliche Stadt**. Ausbau des Radwegenetzes und die Erhöhung der Mittel für den Radwegeausbau. Ausbau von Tempo 30 – Zonen und die Beteiligung am Modellversuch Tempo 30 des Landes Niedersachsen. Zudem sollen **BürgerInnendialoge** bei wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen stattfinden.

Umwelt

Fortschreibung des **Klimaschutzkonzeptes** von 2010 sowie die weitere Ausweisung und Erhalt von **Landschafts- und Naturschutzgebieten**, ebenso die Entwicklung städtischen Grüns als bürgerschaftliche und städtische Aufgabe. Die Realisierung der "**grünen Speicher**" für Hameln von den Sünteldörfern über das Ravelin Camp bis zum Weserufer. Unterstützung von Maßnahmen zur notwendigen Verbesserung der **Luftqualität** und zur Umsetzung des städtischen Luftreinhalteplans.

Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Kanal, Verkehr etc.) müssen in öffentlicher Hand bleiben. Der Ausbau **regenerativer Energie** und die Ausweisung von ausreichend **Vorranggebieten** für Windenergie. Eine zusätzliche Initiative gegen die **Weserversalzung**.

Bürgerbeteiligung Transparenz

Wir setzen uns für eine transparente Politik ein, die die verstärkte **Beteiligung** aller EinwohnerInnen zwingend einschließt. Zudem gilt es, städtische Publikationen und die Behördenkommunikation mit den EinwohnerInnen sowohl in **leichter Sprache** als auch in verschiedenen **Fremdsprachen** anzubieten, um allen Mitmenschen die Teilhabe und Mitarbeit zu erleichtern.

Gleichberechtigung / Migration

Wir werden gemeinsam dafür Sorge tragen, dass in unserer Stadt ein **demokratisches** und **weltoffenes** Klima erhalten bleibt und gefördert wird.

Auch in der Stadtverwaltung muss sich die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Gleich welchen Geschlechts, welcher Nationalität, ethnischen Herkunft, Religion und Weltanschauung, welchen Alters und welcher sexuellen Orientierung, ob mit oder ohne Behinderung - bei den Personalentscheidungen darf niemand, gerade bei gleicher Eignung, benachteiligt werden. Im Gegenteil, die Stadt Hameln muss gutes **Vorbild für andere Arbeitgeber** sein. In einem ersten Schritt wollen wir daher den Anteil von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und den kommunalen Gesellschaften signifikant erhöhen. Führungspositionen dürfen hierbei nicht außen vor sein.

Sicherstellung ausgeglichener Ergebnishaushalte

Aktivitäten zur Verbesserung der **finanziellen Ausstattung** der Stadt durch Landkreis, Land und Bund. Konkrete **Aufgabenüberprüfung** in der Verwaltung und daraus abgeleiteten Veränderungen des Stellenplans. **Verzicht** auf die Einstellung des Fachbereichsleiters „Kultur“. Die Erarbeitung möglicher Einsparpotentiale im Rahmen einer **Prioritätenliste** in der Kernverwaltung zur Haushaltskonsolidierung. Gegebenenfalls Aufgabenübertragungen bzw. **gemeinsame Aufgabenerfüllungen** von Stadt Hameln, kreisangehörigen Kommunen und Landkreis. **Überprüfung** der Sinnhaftigkeit von Outsourcing-Maßnahmen.

Hameln, den 18.11.2016

Ingo Reddeck
SPD Ortsverein Hameln

Sven Kornfeld
Ortsverband Bündnis 90/Dir Grünen

Jutta Krellmann
DIE LINKE Hameln-Pyrmont

Wilfried Binder
SPD Ratsfraktion Hameln

Anett Dreivogt
Ratsfraktion Bündnis 90/Dir Grünen

Peter Kurjuweit
DIE LINKE Ratsfraktion Hameln

